

Haushalte sollen die Zeche zahlen

27.7.01

Mit einer verdeckten Müllgebühren-Erhöhung sollen Rethmann und der Recyclingpark gerettet werden

MARKUS NEUMANN

Mit einer vorgezogenen so genannten mechanischen Müllbehandlung wollen die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaft Rethmann Brandenburger den geschlossenen Recyclingpark auf Kosten der Brandenburger Haushalte retten. Nach den gesetzlichen Vorschriften ist eine umweltfreundliche Vorbehandlung des Mülls, bevor er auf einer Deponie abgelagert wird, erst ab 2005 Pflicht. Ein Teil dieses teuren Verfahrens soll nun schon im Herbst dieses Jahres umgesetzt werden, damit die Müllaufbereitungsanlage im Recyclingpark wirtschaftlich betrieben werden kann.

Finanziert wird diese Rettungsaktion in weiten Teilen über eine verdeckte Müllge-

bührenerhöhung. Zurzeit sind in den Entsorgungspreis pro Tonne Hausmüll 74 Mark Deponierücklage einkalkuliert. Mit dem Geld soll die Müllhalde im Jahr 2005 rekultiviert werden. Inzwischen gilt die dafür angesparte Summe als ausreichend, so dass die Haushalte in Kürze entlastet werden könnten. Stattdessen sollen die 74 Mark pro Tonne weitergezahlt und zur Deckung der höheren Müllaufbereitungspreise verwendet werden. Weder Rethmann noch die Stadtverwaltung sehen da ein Problem. Vielmehr preisen sie die „Preisstabilität“.

Nach den jüngsten Vorschlägen in dem Schlichtungsverfahren zwischen Rethmann und der Verwaltung, die seit mehr als sechs Monaten um die Rettung des Recycling-

parks ringen, soll ab Herbst der verbrennbare Teil aus dem Hausmüll herausgetrennt und als so genannter Sekundärbrennstoff vermarktet werden. Die Gesellschaft Rethmann Ost, die 50 Prozent der Anteile an Rethmann Brandenburger hält, sicherte zu, den Brennstoff abzunehmen. Außerdem sagte das Unternehmen zu, rund 50 000 Tonnen Müll anzuliefern, die bisher fehlten, um die Anlage mit ihrer Kapazität von 91 000 Tonnen auszulasten. Etwa 36 000 Tonnen kommen von der Stadt und aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Doch selbst wenn diese Vorschläge umgesetzt werden, macht der Recyclingpark weiterhin Verluste, die allerdings so weit minimiert werden sollen, dass ein drohender Kon-

kurs (der Stadtkurier berichtete gestern) von dem Unternehmen und seiner Muttergesellschaft Rethmann Brandenburger abgewendet werden könne, heißt es in einem Arbeitspapier. Dass die Müllaufbereitungsanlage trotz Auslastung defizitär bleibt, liegt an den derzeitigen Marktpreisen, die offenbar unter den anfallenden Betriebskosten liegen: Während die Stadt und ihre Einwohner für die Tonne Hausmüll 170 Mark bezahlen sollen, wird der von Rethmann Ost angelieferte Abfall für maximal 110 Mark weiterverarbeitet.

Bedenken, dass der höhere Preis für die Brandenburger als unzulässige Subvention torpediert werden könnte, zerstreute die Wirtschaftsberatungsgesellschaft Wibera, die

das Schlichtungsverfahren moderiert. Die Berater verweisen auf Verwaltungsgerichtsurteile, nach denen solche Zweiklassen-Preise „abgabenrechtlich unbedenklich“ sind, solange eine schlüssige Kalkulation nachgewiesen werden kann und die Betriebskosten insgesamt sinken.

Nach Ansicht von Baudezernent Hans-Joachim Gappert (FDP) hat die Recyclingpark-Geschäftsführung aber noch nicht schlüssig dargelegt, dass der mühsam erarbeitete Lösungsvorschlag auch tatsächlich in Kürze umsetzbar ist. Gappert zufolge hat das Unternehmen bisher verschwiegen, dass noch Genehmigungen vom Immissionsschutz fehlen und rund 3,5 Millionen Mark in die Müllaufbereitungsanlage investiert werden müssen.